

der nicht mehr allzu voll. Ich erinnere Sie an meinen letzten Beitrag, es ist immer ...

(Zurufe von der CDU/DA: Ausschüsse!)

Entschuldigung.

(Zurufe von der CDU/DA: Die Abgeordneten arbeiten in den Ausschüssen.)

Ich verstehe nicht, weshalb Sie gleich so erregt reagieren, ich möchte nur sagen ...

(Unruhe im Saal)

Ich habe mich entschuldigt und würde gern mit meinem Beitrag beginnen.

Der Antrag der PDS, um den es hier geht, besteht im wesentlichen aus einem Satz. Der erste Teil des Satzes, nämlich die Übernahme der EG-Regelungen auf dem Gebiet der Landwirtschaft in die Wege zu leiten, ist an sich gegenstandslos, da die DDR bekannterweise seit dem 1.8. 1990 diese Regelung übernommen hat. Die damit in Verbindung stehende Abnahme- und Preisgarantie, wie sie in den EG-Mitgliedsländern gegeben ist, ist das eigentliche Problem, das unsere Landwirte bewegt. Diese Garantien, meine Damen und Herren, kosten Geld. In der EG werden dazu die EG-Mittel eingesetzt, in den Ländern der EG. Woher kommen diese Gelder? Sie kommen aus den Beitragszahlungen der Mitgliedsländer. Es ist allgemein bekannt, das die BRD einer der kräftigsten Zahler von Beiträgen in der EG ist. Wir befinden uns in der Situation, daß wir bis zum Beitritt zur BRD diese Mittel aus dem eigenen Haushalt aufbringen müssen. Der Minister hat darauf hingewiesen.

Eigentlich zielt der Antrag entweder darauf, die BRD aufzufordern, für das zweite Halbjahr 1990 noch den Beitrag für das Territorium der DDR zu zahlen, damit diese in den Genuß der entsprechenden Mittel kommt, oder - und das erscheint uns in der SPD-Fraktion als konsequenter - wir müssen alle insgesamt den entsprechenden politischen Druck entwickeln, daß ein entsprechender Nachtragshaushalt auf die Beine kommt, der es uns erlaubt, das enge Korsett, das mein Vorredner hier angesprochen hat, zu wechseln, damit die Landwirtschaftsbetriebe in unserer Republik wieder mehr Luft bekommen, wenn man bei diesem Bild bleiben möchte.

Wir vertreten deshalb die Auffassung, daß dieser Antrag in die Ausschüsse überwiesen wird und daß wir in den Ausschüssen, wie bereits gesagt, Empfehlungen erarbeiten und noch einmal genaue finanzielle Zahlen ermitteln, inwieweit für die Landwirtschaft in dem Territorium der Noch-DDR Mittel bereitgestellt werden müssen im Rahmen eines zu erstellenden Nachtragshaushaltes, auf den heute hier schon mehrmals hingewiesen wurde.

Gestatten Sie mir abschließend noch eine Bemerkung zu dem, was wir heute von Herrn Staatssekretär Krause zu hören bekommen. Ich möchte darauf hinweisen, daß wir es eigentlich bedauern, daß eine so komplizierte Situation, wie sie in der Landwirtschaft der DDR entstanden ist auf Grund der gesamten politischen Entwicklung, im Prinzip uns doch alle vor Probleme geführt hat. Wir haben das im Landwirtschaftsausschuß eigentlich dankenswerterweise immer so verstanden, daß wir alle vor diesem Problem stehen, daß wir eigentlich bedauern, daß die Dinge, die nun im Zusammenhang mit der Entwicklung negativ sind, rein einem Ministerium zugeschoben werden. Wir sind der Überzeugung, daß es nicht allein daran liegen kann, daß es einem Ministerium mehr oder weniger gut gelungen ist, Informationen an Betriebe zu bringen, sondern wir glauben, daß es hier einen ganz großen Widerspruch gibt, einen Widerspruch, der der Landbevölkerung wahrscheinlich in den letzten Wochen und Monaten auch aufgefallen ist. Der besteht nämlich ganz einfach darin, daß sich die Landbevölkerung eindeutig auch entschieden hat - wir haben das an den Wahlergebnissen gesehen - für diesen schnellen Weg zur deutschen Einheit, daß hier aber wahrscheinlich nicht ganz klar war, daß das eine unmittelbare Verbindung hat mit einer relativ schnellen und konkreten Infragestellung

von Genossenschaften, und nicht nur von alten Genossenschaften, sondern auch von eingetragenen Genossenschaften. Wir haben es heute doch ganz einfach damit zu tun, daß in der Bundesrepublik Deutschland ein sehr großes Mißtrauen auch gegenüber eingetragenen Genossenschaften besteht auf Grund der Erfahrungen, die von früher her gegeben sind.

Wir glauben, daß wir wieder auf die Plattform der in der Koalitionsvereinbarung und in der Regierungserklärung gegebenen Versprechen zurückkommen müssen, daß alle Betriebsformen in der Landwirtschaft der DDR gleiche Bedingungen erhalten. Wir glauben aber auch, daß wir im Ausschuß und im Hohen Haus noch einiges tun müssen, um das in der Landwirtschaft zu garantieren. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Ich hatte bereits auf § 56 der Geschäftsordnung mit dem Blick auf Finanzvorlagen verwiesen. Wir sind verpflichtet, diese Vorlage dem Haushaltsausschuß zur Mitberatung zu überweisen und außerdem dem Fachausschuß, dem Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Diese beiden Überweisungsvorschläge würde ich Ihnen unterbreiten. Beantragt jemand weitere Überweisungen? - Das scheint nicht der Fall zu sein. Wer der Überweisung des Antrages in diese beiden Ausschüsse, federführend in den Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Ich denke, es ist angemessen, daß wir jetzt bis 23.00 Uhr eine Pause machen und hoffen, daß die Ausschüsse bis dahin mit ihrer Arbeit fertig sind.

(Unterbrechung der Sitzung)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Meine Damen und Herren Abgeordnete! Die Tatsache, daß wir hier noch nicht weiter verhandeln können, ist nicht eine Nachlässigkeit, weil es uns egal ist, wann wir nach Hause kommen, sondern weil bezüglich des Verfassungsgesetzes noch ein Klärungsbedarf besteht. Es ist so, daß an dieser Stelle unser Verfassungsausschuß einen kleinen Änderungswunsch in einer Anlage hat und daß zur Zeit abgeklärt wird, ob der Vertragspartner diese Änderungen akzeptieren kann.

Ich bitte die Abgeordneten, Platz zu nehmen. Wir fahren in der Beratung fort und machen zunächst das Einfachere, den Tagesordnungspunkt 5:

Antrag der Koalitionsfraktionen der Volkammer der DDR Gesetz über die Inkraftsetzung des Gesetzes der Bundesrepublik Deutschland über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ vom 6. Oktober 1969 in der Deutschen Demokratischen Republik (1. und 2. Lesung) (Drucksache Nr. 175).

Der Vertreter des Rechtsausschusses ist um seinen Bericht gebeten. Bitte schön.

Berichterstatter des Rechtsausschusses:

Meine Damen und Herren! Man könnte schon sagen: Liebe Gefährtinnen und Gefährten der Nacht!

(Heiterkeit)

Sie können ruhig aufatmen. Ich gebe keinen Bericht. Ich schlage Ihnen vor, aus den Gründen, die ich vorhin schon bei der Einbringung des Gesetzes genannt habe, der Drucksache Nr. 175, Ihre Zustimmung zu erteilen. Das Gesetz gibt im Prinzip den Be-